

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 30 (2003)
Heft: 4

Artikel: Wahlen : Unruhe in der Parteienlandschaft
Autor: Ribi, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909900>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unruhe in der Parteienlandschaft

ROLF RIBI

Die Schweiz ist bekannt für ihr stabiles Parteiensystem. Doch seit den Neunzigerjahren rumort es in der politischen Landschaft. Bei den Wahlen in den Nationalrat im Oktober könnte es zu einer weiteren Polarisierung kommen.

«DIE SCHWEIZ WACHT mit Kopfweh auf», schrieb die Lausanner Zeitung «24 heures» am Morgen nach der Parlamentswahl vom Oktober 1999. Der Zürcher «Tages-Anzeiger» titelte gleichentags: «Die Schweiz rutscht nach rechts». In der Tat hatte sich Aussergewöhnliches ereignet. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) gewann im 200-köpfigen Nationalrat nicht weniger als 15 Sitze dazu und wurde mit nunmehr 44 Sitzen zur zweitstärksten Partei und zur stärksten bürgerlichen Fraktion in der Volkskammer. Mit fremdenfeindlichen Parolen, mit der Forderung nach Steuersenkungen und Tiraden gegen die Öffnung des Landes hatte die SVP viele Unzufriedene angesprochen.

Die Verlierer der eidgenössischen Wahlen vor vier Jahren waren rasch auszumachen: Die Freisinnigdemokratische Partei (FDP) verlor zwei Mandate und war mit 43 Sitzen erstmals in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates nicht mehr die stärkste bürgerliche Kraft. Die Sozialdemokratische Partei (SPS) als Wahlsiegerin von 1995 musste drei Sitze aufgeben, blieb aber mit 51 Sitzen die stärkste Partei im Nationalrat. Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) freute sich über den Zugewinn eines Mandates und kam auf 35 Sitze in der Grossen Kammer.

Beim genaueren Hinsehen relativiert sich der angeblich «historische Erfolg» der Schweizerischen Volkspartei. Die Mehr-

heitsverhältnisse in Volk und Parlament hatten sich nicht dramatisch verändert:

- Die SVP hatte mit Erfolgen in allen Landesteilen ihren Wähleranteil von 14,9 Prozent auf 22,6 Prozent gesteigert (die SPS kam auf 22,5 Prozent). Ihre neu gewonnenen 15 Sitze im Nationalrat hatte die nationalkonservative Partei aber mehrheitlich aus dem rechtsextremen Lager geholt, nämlich 7 Sitze von der Freiheitspartei, 2 Sitze von den Schweizer Demokraten und einen Sitz von den Liberalen. Von einem «Rechtsrutsch» konnte also nicht die Rede sein, von einer «Verschiebung der Achse nach rechts» gemäss der «Neuen Zürcher Zeitung» aber schon.

- In der Vereinigten Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) blieben die Freisinnigen mit insgesamt 61 Sitzen die stärkste Fraktion vor den Sozialdemokraten mit 57 Sitzen. Die SVP folgte mit 51 Vertretungen erst an dritter Stelle, knapp vor der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) mit 50 Sitzen. Die Stärken der vier Regierungsparteien im eidgenössischen Parlament lagen somit nicht weit auseinander. Der Wähleranteil der vier Bundesratsparteien erhöhte sich gar auf über 80 Prozent.



Am 19. Oktober könnte Bewegung ins Politleben der Schweiz kommen. Die Wandelhalle im Bundeshaus.

Michael Stahl

Damit war kein Grund gegeben, die seit mehr als einem halben Jahrhundert bestehende Zauberformel im Bundesrat mit zwei Sozialdemokraten, zwei Freisinnigen, zwei Christlichdemokraten und einem SVP-Vertreter in Frage zu stellen.

Die Fünfte Schweiz hatte zum zweitenmal seit der Einführung des brieflichen Stimm- und Wahlrechts bei der Neubestellung des Nationalrates mitgewirkt. Von den 573 000 Auslandschweizern waren rund 70 000 in den Stimmregistern eingetragen, von denen schätzungsweise 40 Prozent an den Wahlen teilnahmen.

Kantonale Wahlen als Barometer

Was ist in den vergangenen vier Jahren in der schweizerischen Parteienlandschaft geschehen?

Dazu gibt das Parteien-Barometer des GfS-Forschungsinstituts in Bern interessante Antworten. Es stützt sich auf die Ergebnisse bei den kantonalen Parlamentswahlen, genau gesagt auf die Stärke der Parteien in der Bevölkerung (und nicht auf die Stärke einer Partei im Parlament).

Eindeutige Gewinnerin der kantonalen Parlamentswahlen vom Herbst 1999 bis zum Frühsommer 2003 ist die Schweizerische Volkspartei. Die SVP legte im Mittel um 5 Prozent Wählerstärke zu und gewann in 24 Kantonen insgesamt 160 Sitze dazu. Das rot-grüne Lager zählte ebenfalls zu den Siegern – die Grünen konnten ihren Wähleranteil um gut 1 Prozent verstärken, die Sozialdemokraten um ein halbes Prozent. Die grössten Verluste bei den kantonalen Parlamentswahlen sammelten sich bei den Freisinnigen mit minus 1,8 Prozent und bei den Christlichdemokraten mit minus 0,8 Prozent an. Im Sog der SVP waren fast alle Kleinparteien im rechten Spektrum zu Schaden gekommen, namentlich die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi.

Zusätzliche Einsichten ergeben sich, wenn man die Entwicklung der Parteien nach Kantonen betrachtet: Die Stärkung der SVP zeigte sich in fast allen kantonalen Parlamentswahlen (mit Ausnahme von Glarus). Der grosse Erfolg bei den eidgenössischen Wahlen vor vier Jahren hatte die Partei befügelt. Doch seit dem Sommer 2002 hat sich der positive Trend verlangsamt. Der Politikwissenschaftler Claude Longchamp spricht neuerdings bei der SVP von einem «gebremsten Wachstum bei kantonalen Wahlen».

Die politische Bilanz der Sozialdemokraten in den letzten vier Jahren ist durchzogen. Nach herben Verlusten namentlich in Basel-Stadt und Genf kehrte die SPS im bevölkerungsreichsten Kanton Zürich zum Siegen zurück. Die Christlichdemokraten erlitten schwere Niederlagen in Nidwalden und Obwalden und verloren auch in St. Gallen, Baselland, Luzern, im Aargau und im Tessin. Das beste Ergebnis in dieser Legislatur erreichte die CVP im Thurgau. Auch die Freisinnigen gehörten bei den kantonalen Wahlen zu den Verlierern: Grösseren Verlusten in St. Gallen, Schwyz, in der Waadt, im Wallis, in Ob- und Nidwalden, im Jura, in Zug, Baselland, Luzern und Zürich stehen kleinere Gewinne im Thurgau und in Neuenburg gegenüber.

So lautet das Fazit des GfS-Forschungsleiters Claude Longchamp: Die kantonalen Parlamentswahlen in den vergangenen vier Jahren setzten die Umgruppierung in der Parteienlandschaft seit den letzten Nationalratswahlen fort. Von einer generellen Verlagerung der Wählerschaft nach rechts kann indes nicht die Rede sein. Vielmehr herrscht eine Bipolarisierung der schweizerischen Parteienlandschaft, also eine Stärkung des rechten und des linken Flügels. Die zentrifugalen Kräfte verursachen Probleme gerade bei den grösseren Parteien in der Mitte: FDP und CVP spüren Abwanderungen nach rechts und links. Insgesamt hält die Unruhe im schweizerischen Parteiensystem an. «Das wesentliche Kennzeichen ist seit Ende der Neunzigerjahre die Neubildung einer nationalkonservativen Rechten in Form der SVP.»

Wahlabsichten der Eidgenossen

Welches sind die Wahlabsichten der Eidgenossen wenige Monate vor den Nationalratswahlen vom Oktober 2003? Welche Themen beschäftigen heute die Menschen, und welcher Partei wird welche Themenkompetenz eingeräumt? Antworten auf solche Fragen werden zum Beispiel im SRG-SSR-Wahlbarometer 03 des GfS-Forschungsinstituts gesucht.

Die Lieblingsfrage aller solcher Umfragen lautet: Wenn am nächsten Sonntag schon Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie heute Ihre Stimme geben? Dies ist das Ergebnis der GfS-Umfrage vom letzten April: Die SVP würde gegenüber den Nationalratswahlen vor vier Jahren um 2,8 Prozent zulegen und käme auf einen Wähleranteil von rund 25 Prozent. Die SP

könnte sich um 1,7 Prozent auf 24 Prozent verbessern, während die FDP um 0,7 Prozent auf rund 19 Prozent und die CVP um 1,6 Prozent auf 14 Prozent sinken würden. In der Bewertung des Politforschers Longchamp ergibt das für den Herbst eine «gemässigte, leicht asymmetrische Polarisierung» der Parteienlandschaft. Also eine Stärkung der Parteien an den Polen des politischen Spektrums, bei der rechten SVP etwas stärker als bei der linken SPS, das Ganze indessen gemässigter als in den Neunzigerjahren.

Welche aktuellen Themen beschäftigen die Menschen in der Schweiz derzeit am meisten, und welcher Partei wird am ehesten der Sachverständnis für Lösungen zuerkannt? Fünf Themen prägen heute das Problembeusstsein der Eidgenossen: die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsentwicklung (32 Prozent), das Asylwesen (26 Prozent), das Gesundheitswesen und die Krankenkassenprämien (22 Prozent), die Altersvorsorge (21 Prozent) und die öffentlichen Finanzen (13 Prozent). In allen Landesteilen steht die Sorge um die Wirtschaft an der Spitze, in der Deutschschweiz folgt die Asylfrage und in der lateinischen Schweiz das Gesundheitswesen auf dem zweiten Platz, während die Altersvorsorge überall an dritter Stelle genannt ist.

Bei der Frage zum Sachverständnis der Parteien ergibt sich zunächst eine Überraschung: 53 Prozent der Befragten geben keiner Partei eine alleinige Themenführerschaft. Die Lösung der Asylfrage und der Steuerbelastung wird am ehesten der SVP zugetraut, die Antwort auf die Arbeitslosigkeit und auf die Gesundheitsfrage am meisten der SPS. Die CVP und die FDP können keines der Topthemen für sich in Anspruch nehmen, die Freisinnigen haben die Führung in Wirtschaftsfragen neuerdings verloren.

An den Nationalratswahlen von 1999 hatten sich 43,4 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt (gegenüber 46 Prozent vier Jahre zuvor). Für dieses Mal rechnen die Politologen mit einer höheren Wahlbeteiligung. Wem diese zugute kommt, wissen wir erst am Abend des 19. Oktober, wenn am Schweizer Fernsehen die «Elefantenrunde» mit den Präsidentinnen und Präsidenten der grossen politischen Parteien über den Bildschirm geht.

Fragen**Christlichdemokratische Volkspartei****Die Grünen****Evangelische Volkspartei der Schweiz****Freisinnigdemokratische Partei****Liberale Partei der Schweiz****Sozialdemokratische Partei****Schweizerische Volkspartei**

Wie wollen Sie den Anstieg der Krankenkassenprämien bekämpfen? Wie soll die mittel- und langfristige Finanzierung der AHV gewährleistet werden?

Wie wollen Sie die Wirtschaft nach einem Jahrzehnt des schwachen Wachstums und wachsender Arbeitslosigkeit wieder ankurbeln?

In der KVG-Revision setzt sich die CVP für den Übergang zur monistischen Finanzierung in einem Schritt bis 2007 ein. Bei der AHV muss die Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt erhöht werden, um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken. Die AHV-Revision muss rasch unter Dach kommen.

Das Kopfprämiensystem ist zu ersetzen durch ein einkommensabhängiges System. Kosten-eindämmung durch eine stärkere Planung und Koordination und eine Einheitskrankenkasse. Die AHV-Finanzierung ist bis 2025 gesichert. Zusätzliche Finanzquelle: eine ökologische Steuerreform.

Unser Volk muss gesünder leben (weniger Stress, Alkohol, Drogen), sich gesünder ernähren und mehr bewegen. Zudem ist die überrissene Anspruchsmentalität bezüglich medizinischer Leistungen zu dämpfen. Die EVP unterstützt alle Massnahmen, die bei den genannten Grundproblemen ansetzen.

Im Gesundheitswesen soll dank neuer Anreize für Leistungserbringer und Versicherte das Kostenwachstum gebremst werden. Wirtschafts- und sozialverträgliche Reformschritte (flexibles Rentenalter etc.) müssen die AHV langfristig sichern – auch für jene, die ihre Rente im Ausland beziehen.

Die Leistungen sollen nicht weiter ausgebaut, ökonomische Anreize und das Kostenbewusstsein der Leistungsempfänger hingegen gefördert werden. Eine Verlängerung der Erwerbstätigkeit wird nötig sein, um einen Teil der Finanzierung der ersten Säule zu sichern.

Nach dem Scheitern der Initiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» soll ein einfacheres soziales Modell erarbeitet werden, das den mittleren Einkommen entgegenkommt und ohne Mehrwertsteuer finanziert wird, sowie die Koordination der Gesundheitsplanung intensiviert werden. AHV: eine Politik der Vollbeschäftigung, 1 MwSt.-Prozent ab 2010 und ein Teil der Nationalbankgewinne.

Die SVP sammelt Unterschriften für ihre Prämiensenkungsinitiative, mit der sie mehr Transparenz schaffen und Monopole abbauen will. Die Kostenexplosion muss bekämpft werden. Für die AHV verlangt die SVP den Einsatz der nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank.

Die KMU müssen gefördert werden. Die Rahmenbedingungen sollen verbessert werden, z.B. durch Reduktion des administrativen Aufwands für KMU, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, Innovationstransfer durch die Kommission für Technologie und Innovation, die Universitäten und Fachhochschulen sowie Verzicht auf neue Steuern.

Dauerndes Wachstum ist aus ökologischen Gründen unmöglich. Die Erde und die natürlichen Ressourcen sind begrenzt. Es braucht eine Umorientierung: Investitionen in zukunftsfähige Technologien, Reduktion der Arbeitszeit, Förderung von Teilzeitarbeit.

Bund und Kantone müssen die dringenden Aufgaben (Bildungswesen, Verkehr, Umweltschutz, Gesundheitswesen usw.) anpacken und antizyklisch investieren. Das Geld dafür ist vorhanden, wenn man auf die zerstörerischen Steuersenkungsprogramme für die Superreichen verzichtet.

Wir brauchen eine flexible Arbeitsmarkt-, engagierte Familien- und interessenorientierte Migrationspolitik. Gesunder Wettbewerb, unternehmerische Freiräume und auf hohe Wertschöpfung ausgerichtete Bildungs-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik fördern das Wachstum und schaffen Arbeitsplätze.

Es müssen folgende Bedingungen erfüllt sein: ausgeglichene Bundesfinanzen, Reduzierung der Steuerquote durch Steuererleichterungen, attraktive Rahmenbedingungen für die Unternehmen, eine leistungsstarke Infrastruktur sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Solange die Wirtschaft stagniert, darf der Staat seine Ausgaben nicht senken. Im Gegenteil: Es gilt die Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation zu erhöhen. Die Geldpolitik muss die Exportwirtschaft stützen. Je nach Bedarf sollen Förderprogramme für Zukunftsmärkte lanciert werden.

Das Problem liegt eindeutig bei der immer höheren Belastung von Wirtschaft und Konsumenten durch Steuern, Abgaben und Gebühren. Die Steuern müssen gesenkt werden, um dem privaten Sektor wieder mehr Mittel zu geben. Dazu muss der Staat seine Kosten drastisch senken.

Wie wollen Sie die Integration von Ausländern in der Schweiz verbessern? Wie wollen Sie den Asylmissbrauch bekämpfen?

Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Das Lernen einer Landessprache muss verpflichtend sein, die Sprachkursangebote sind bereitzustellen. Die Verfahren müssen gestrafft und die Ausschaffung muss effizienter ausgestaltet werden. Die Zusammenarbeit mit der EU ist unumgänglich.

Wir fordern bessere Angebote für Sprachkurse, Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, die länger da sind, Erleichterung der Einbürgerung. Dem Asylmissbrauch ist nur beizukommen, wenn der Zugang zum Arbeitsmarkt möglich ist, ohne das Asylverfahren zu beanspruchen.

Wichtigster Integrationsfaktor ist das Verstehen und Sprechen einer Landessprache. Asylbewerber, die nicht mit den Behörden kooperieren oder kriminell sind, haben hier nichts zu suchen. Die Asylgesuche sind innert weniger Wochen zu behandeln, die Wegweisungen umgehend zu vollziehen.

«Fördern und fordern» ist Voraussetzung. Das Erlernen einer Landessprache ist ein Muss. Missbrauch ist strikt zu bekämpfen. Dafür müssen die Rückführungsmöglichkeiten verbessert werden; es braucht verstärkte internationale Zusammenarbeit und Abkommen mit den Herkunftsstaaten.

Lange hier lebende Ausländer sollen in den Genuss einer erleichterten Einbürgerung kommen. Die Asylpolitik kann nur bei enger Zusammenarbeit mit unseren EU-Nachbarländern erfolgreich sein. Asylsuchende, die ihre Identität offen legen, müssen eine beschränkte Arbeitserlaubnis erhalten.

Mehr Mittel für Sprachkurse, Berufsbildung und interkulturellen Austausch. Unternehmen, die Nicht-EU-Bürger beschäftigen, müssen sich um deren Integration bemühen. Im Asylwesen liegt die Lösung in einer engen Zusammenarbeit mit der EU.

Die SVP ist mit ihrer Asylinitiative leider ganz knapp gescheitert. Sie wird weiterhin für eine konsequente Bekämpfung der Missbräuche im Asylwesen kämpfen. Die Integration der Ausländer ist nicht Aufgabe des Staates, sondern muss der Motivation der Betroffenen entspringen.

Bilden die bilateralen Verträge nach der EU-Osterweiterung noch immer den besten Weg für die Regelung der Beziehungen zu Brüssel?

Dank dieser Erweiterung können wir unsere bilateralen Beziehungen wahren. Deshalb hat der Bundesrat das Verhandlungsmandat zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen Mitgliedstaaten in die Vernehmlassung geschickt. Lange Übergangsfristen sollen beachtet werden.

Vorläufig ist der bilaterale Weg leider die einzige Option. Über kurz oder lang muss die Schweiz aber der EU beitreten.

Vorläufig ist unser Volk für einen EU-Beitritt noch nicht bereit. Deshalb bleibt auch nach der EU-Osterweiterung der Weg der bilateralen Verträge mit der EU der einzige gangbare.

Die FDP will die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der EU stärken, indem die bilateralen Abkommen auf die neuen EU-Mitglieder ausgedehnt werden. Sie setzt sich für einen erfolgreichen Abschluss der laufenden bilateralen Verhandlungen ein.

Die Liberalen schlagen vor, dass der Bundesrat einen Assoziationsvertrag mit der EU abschliesst, der unsere wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Beziehungen zur EU verstärkt, ohne dass dies jedoch eine Vorstufe zum Beitritt darstellt.

Die SP kämpft seit 15 Jahren für den Beitritt zur EU. Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnt dies aber heute ab. Wir müssen den Weg der Bilateralen weitergehen und in der neuen Legislaturperiode die Debatte über Konsequenzen und Vorteile einer Vollmitgliedschaft wieder aufnehmen.

Die Alternative zum bilateralen Weg ist der EU-Beitritt mit höheren Steuern, höheren Zinsen, schlechteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, einer Einschränkung der Volksrechte und der Aufgabe der Währungsheit sowie der Neutralität. Die SVP lehnt den EU-Beitritt klar ab.

Wie soll das Anwachsen des Privat- und Güterverkehrs auf den Schweizer Straßen eingedämmt werden? Sind Sie für eine zweite Gotthardröhre?

Es braucht weitere Massnahmen (finanzielle Anreize) zur Verlagerung des Transitgüterverkehrs auf die Schiene. Vor dem Bauentscheid über die zweite Gotthardröhre muss die Entlastungswirkung, die durch die Eröffnung der Lötschberg-Neat eintreten soll, evaluiert werden.

Es braucht eine bevorzugte Behandlung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs, höhere Benzinpreise, Systeme zur Befreiung der Städte vom Privatverkehr, die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene. Wir sind klar gegen eine zweite Gotthardröhre.

Die EVP lehnt eine zweite Autobahnrohre am Gotthard ab und fordert eine Verkehrsverlagerung auf die Schiene. Der Strassenverkehr belastet Mensch und Umwelt übermäßig.

Mobilität ist ein wichtiger Wachstumsfaktor. Die FDP unterstützt den Bau einer zweiten Gotthardröhre, um die Verkehrssicherheit auf der Nord-Süd-Achse zu verbessern. Als Alternative zum Privatverkehr soll der gut ausgebauten öffentlichen Verkehr vermehrt genutzt werden.

Die LP unterstützt den Bau einer zweiten Röhre als Ergänzung zur Neat. Dies zum Vorteil von Sicherheit, Verkehrsfluss und der auf europäischer Ebene eingegangenen Verpflichtungen. Die LP befürwortet den Ausbau der grossen Autobahnachsen auf je drei Spuren pro Richtung.

Priorität müssen die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene sowie die Förderung des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen haben. Verschleudern wir nicht Milliarden für den Bau einer zweiten Gotthardröhre!

Wenn die Verkehrsverbindungen veraltet sind, leidet die Wirtschaft. Eine staatliche Einschränkung des Verkehrs wird vom Volk abgelehnt (Verkehrshaltierungsinitiative). Die SVP fordert seit vielen Jahren den Bau der zweiten Gotthardröhre und den Ausbau des Autobahnnetzes.